

Michael Wolski

1989

Mauerfall Berlin

Ein Rückblick nach 35 Jahren

Leseprobe Kapitel VI

**1966 – Schaffung einer kapitalistischen
Sonderwirtschaftszone in der DDR und
beginnende legale Kofinanzierung
kommunistischer Parteien in Westeuropa**

Lesezeit 10 min



Kapitel VI

1966: Die Schaffung einer kapitalistischen Sonderwirtschaftszone in der DDR und beginnende legale Kofinanzierung kommunistischer Parteien in Westeuropa

Mit der Kapitulation der Wehrmacht vom 8. Mai 1945 befand sich der (neue) östliche Teil Deutschlands – das frühere Mitteldeutschland – unter sowjetischer Militärverwaltung. 1949 wurden auf Geheiß der Besatzungsmächte BRD und DDR gegründet, verblieben jedoch weiter unter alliierter Besatzung. Die ehemalige Reichshauptstadt Berlin war 1945 – mit den Beschlüssen von Jalta – in vier Sektoren geteilt worden. Im Osten der sowjetische, im Westen der amerikanische, britische und französische Sektor – die im Bezirk Mitte, das zum Osten gehörte, aneinandergrenzten. Nach dem Mauerbau befanden sich in Mitte die meisten Grenzübergänge, darunter der Übergang Friedrichstraße (Checkpoint Charly im amerikanischen Sektor), der Ausländern, Diplomaten und den Angehörigen der Besatzungsmächte vorbehalten war.



© Adobe-Stock, Sektorengrenzen Berlin/34396937

Die Sowjetunion hatte nach 1945 mit bedeutender militärischer, finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe sozialistische Regimes in China, Nordvietnam und Nordkorea an die Macht gebracht. In Europa hatte sie in den von ihr eroberten Ländern Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Tschechoslowakei und Polen sozialistische Regimes etabliert.

In Deutschland wurde 1949 mit der DDR ein sozialistischer Staat errichtet. Damit war man dem Ziel der Initiatoren der russischen Revolution von 1917, den Sozialismus auf der ganzen Welt zu errichten, nähergekommen.

Aus Sicht sowjetischer Ideologen war nach dem 2. Weltkrieg in den kapitalistischen Industrieländern die Zeit für die – von den geistigen Vätern des Kommunismus prognostizierte – sozialistische Weltrevolution noch nicht herangereift. In den Ländern Afrikas und Asiens war jedoch mit der Entkolonialisierung ein großes Potenzial für eine sozialistische Umgestaltung vorhanden.

Großbritannien, die Niederlande, Frankreich, Italien, Spanien und Portugal hatten seit 1945 die Mehrzahl ihrer Kolonien bereits in die Unabhängigkeit entlassen oder diese befanden sich im Prozess der souveränen Umwandlung. Allein im Jahr 1960 erklärten 16 afrikanische Länder ihre Unabhängigkeit. Wurde die UNO 1945 von 51 Ländern gegründet (denn wesentlich mehr souveräne Länder existierten nicht), so gab es im Jahr 1961 bereits 104 UN-Mitglieder.

Auf dem Rückflug nach Moskau im Mai 1960 (nach dem gescheiterten Pariser Abrüstungsgipfel USA-UdSSR) legte der sowjetische Partei- und Staatschef Chruschtschow einen Zwischenstopp in Ostberlin ein. Die Westalliierten hatten die sowjetischen Vorschläge zu Abrüstung und Änderung des Status von Westberlin ignoriert und Chruschtschow befahl der DDR-Regierung die Planung des Berliner Mauerbaus. Eine Trotzreaktion gegenüber dem Westen nach dem Gesichtverlust in Paris? Oder eine Demonstration der Stärke?

Da mit den Westalliierten auf andere Weise eine Verständigung zum Westberliner Status offenbar nicht möglich war, plante die Sowjetunion, eine Mauer um Westberlin herum zu bauen – ohne dabei die in den Beschlüssen von Jalta und dem Potsdamer Abkommen

fixierten Rechte der West-Alliierten einzuschränken. Es war eine Aktion, die sich vordergründig gegen die Westalliierten richtete, aber letztlich die Deutschen traf.

Meine nachfolgenden Aussagen basieren auf diesem Gespräch: (Niederschrift eines Gesprächs Chruschtschows mit Ulbricht vom 1. August 1961), [Link 59](#) .

Nach über einjähriger akribischer Planung wurde am 13. August 1961 der Auftrag Chruschtschows ausgeführt und die drei Berliner Westsektoren wurden abgeriegelt.

Die private Ausreise in den Westen war ab sofort für Bürger der Staaten des Warschauer Pakts (DDR inklusive) nur noch mit Genehmigung ihrer Regierungen möglich.

Bis zum Zusammenbruch des Staatssozialismus 1989 wurden diese Genehmigungen in den Ostblock-Ländern nur sehr eingeschränkt erteilt.

Das politische Gesamtergebnis des Mauerbaus war jedoch wesentlich anders als von den Planern in Moskau erwartet. Das *langfristige* Ziel, den Wegzug von qualifizierten Ostdeutschen (und Bürgern von anderen Warschauer-Pakt-Staaten) zu unterbinden, um einen schleichenden Niedergang der DDR zu verhindern, wurde unter Inkaufnahme von dauerhaft hohen Folgekosten erreicht. Jedoch trat nun *kurzfristig* ein viel größeres Problem auf, das die weitere Existenz der DDR bedrohte.

Die DDR-Wirtschaft wurde durch den Mauerbau schwer geschädigt und das Beispiel eines sozialistischen Deutschlands drohte schon nach wenigen Jahren (12 Jahre – wie beim Vorgänger-Regime?) zu implodieren und die junge sozialistische Weltbewegung („*Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*“) dauerhaft zu diskreditieren.

Hatten die Sowjets unbeabsichtigt einen – jedoch für jedermann sichtbaren – Nachweis erbracht, dass die Errichtung des Sozialismus in einem hochentwickelten, wenn auch kriegsgeschädigten Industrieland mit internationaler wirtschaftlicher Arbeitsteilung nicht funktioniert? Ein Albtraum für die Moskauer und Ostberliner Ideologen.

Im Gegensatz zur sowjetischen Wirtschaft war die DDR-Wirtschaft mittelständisch geprägt; damals noch mit privaten, halbstaatlichen und

volkseigenen Betrieben. Die sozialistische Planwirtschaft nach sowjetischem Muster war schon 1950 übernommen worden und wurde dann im wesentlichen 1:1 kopiert.

Die Enteignung der Bauern in der sowjetischen Besatzungszone – der späteren DDR – und Schaffung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) begann bereits im September 1945 nach Planungen des Politischen Beraters der sowjetischen Militäradministration, Wladimir Semjonow. Er hatte diese Pläne schon zu seiner Zeit als sowjetischer Botschaftsrat in Berlin 1940/41 – sozusagen unter den Augen des Führers – verfasst. [Link 60](#)

Semjonow war als sowjetischer Botschaftsrat in Litauen 1939/40 für die Planung der Enteignungen der Bauern nach dem Anschluss gemäß der Geheimprotokolle der deutsch-sowjetischen Verträge von 1939 zuständig und hatte die Enteignungsgrenze bei 20 ha pro Hof festgelegt. Nach dem Anschluss Litauens an die UdSSR im Sommer 1940 nach Berlin versetzt, revidierte Semjonow diese Grenze in seinen Planungen und legte eine Begrenzung auf 100 ha fest, ab welcher die Enteignung der Bauern in Deutschland später einmal greifen sollte. Stalin stimmte dem im Frühjahr 1941 zu.

Semjonow schrieb dazu in seinem Buch **Von Stalin bis Gorbatschow – ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991**

(Nicolaische Verlagsbuchhandlung Berlin, 1995) auf den Seiten 107/109:

„Der Botschafter stellte mir einmal die Frage, warum ich mich damit befaßte. Ich antwortete, das sei interessant und könnte sogar einmal politischen Wert erlangen: Wenn wir uns hypothetisch vorstellen, daß die Sowjetarmee einmal nach Deutschland käme, müßten wir doch wissen, wie hier eine Bodenreform unter Berücksichtigung der Bodenverhältnisse in den verschiedenen Gegenden durchzuführen sei. Der Botschafter sah mich entgeistert an und brummte: Seltsame Ideen haben Sie in Ihrem Kopf.

Aber offenbar hatte nicht nur ich allein solche Gedanken.“

Während die sowjetische Industrie *nicht* permanent in die westliche internationale Arbeitsteilung eingebunden war, und (wie Chruschtschow im Gespräch mit Ulbricht anmerkt) nur einige aus dem Westen importierte Großbetriebe existierten – für die auch entsprechende Devisen für Ersatzteilversorgung und Verbrauchsmaterialien bereitgestellt wurden, war die Situation in der DDR völlig anders.

Ein Teil des Maschinenparks hatte den Krieg und Reparationsleistungen überlebt, ein weiterer Teil war in der DDR produziert worden; viele der Hersteller waren aber mittlerweile nach Westdeutschland übersiedelt und Ersatzteile/Zubehör/Verbrauchsmaterialien mussten von dort importiert werden. Die DDR-Industrie war überwiegend Exporteur von industriellen Fertigwaren – im Gegensatz zur Sowjetunion als Lieferant von Rohstoffen (Edelmetalle, Erdöl, Erdgas sowie Kohle, Baumwolle und Holz). Die Sowjetunion exportierte ihre heimischen Rohstoffe, während die DDR importierte Rohstoffe verarbeitete und die erzeugten Fertigwaren weltweit exportierte. Sie lebte von der Verarbeitung und Veredelung, basierend auf der hochqualifizierten Arbeit der Ingenieure und Arbeiter und einem sehr effektiven Maschinenpark.

Sehen Sie eine Ähnlichkeit zum heutigen Deutschland? Der Fast-Zusammenbruch der DDR (nach dem Mauerbau im Auftrag der Sowjets und 1983 durch Streichung vereinbarter Lieferungen von Öl und Getreide durch die Sowjets, verhinderter Zusammenbruch nur durch West-Kredite) war von den Besitzern verursacht – so wie 2022 die Zerstörung der Pipelines in der Ostsee der Auftakt war, Deutschland zu deindustrialisieren.

Bis zum 13. August 1961 gab es in der DDR für die Versorgung mit Importen nur einen Weg – jedoch noch mit einem Notausgang: Nur wenn der Produktimport im Volkswirtschaftsplan eingestellt war, konnte auch importiert werden. Export und Import waren ausschließlich über etwa 30 staatliche Außenhandelsbetriebe möglich. Gab es nun einen Produktionsausfall wegen einer Havarie oder verschlissener Teile, so hätte – wenn nicht im Jahresplan vorgesehen – *nichts* im laufenden Planjahr importiert werden können. Der Plan war heilig.

Trat aber dieser Notfall ein, schickte der DDR-Betrieb zur raschen Klärung des Problems einen Lkw über die sowjetische Sektorengrenze Berlins in die Westsektoren und man beschaffte dort *sofort* die benötigten Teile. Natürlich war damit ein illegaler Währungstausch zum Schwarzmarktkurs erforderlich. Bis zum 13. August 1961 gab es keine Grenz- und Zollkontrollen *innerhalb* Berlins. Es gab diese Grauzone für den Ersatzteilimport, die statistisch nicht erfasst war – was man aus Ulbrichts Worten heraushört – denn er hatte keine Vorstellung von der Größe des Problems.

Mit der Grenzschließung vom 13. August 1961 und der Einrichtung von Grenzübergangsstellen war diese Form der Beschaffung nicht mehr möglich. Das Ergebnis war, dass die im Volkswirtschaftsplan festgelegten Exportziele sowie die Pläne zur Inlandsversorgung mangels kurzfristig verfügbarer Ersatzteile nicht erfüllt werden konnten und der chronische Devisenmangel für die Existenz der DDR noch bedrohlicher wurde. Ulbricht hatte die desolate Lage der DDR-Wirtschaft und der Unmöglichkeit des propagandistisch lautstark angekündigten „*Überholens Westdeutschlands beim Lebensstandard*“ im Gespräch vom 1. August 1961 schon beschrieben. Nach dem Mauerbau befürchtete die Partei- und Staatsführung Unruhen wegen anwachsender Versorgungslücken und wieder sinkendem Lebensstandard. Die Erinnerungen an den Aufstand von 1953 und die blutigen Ereignisse in Ungarn von 1956 waren noch frisch. Man gab die Losung von der „Störfreimachung“ aus und versuchte, wichtige Maschinen und Ersatzteile selbst zu produzieren.

Im Sommer 1962 trat Alexander Schalck-Golodkowski sein Amt als 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Außenhandel an. Die SED-Kreisleitung – wie auch das Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel – wurden unablässig mit Forderungen der Parteisekretäre und Generaldirektoren der Außenhandelsbetriebe (AHB) konfrontiert, die Planvorgaben für den Export zu senken, da Produktionsausfälle in den Herstellerbetrieben zunahmen und die vertraglich vereinbarte Ware nicht geliefert wurde. Den Außenhandelsbetrieben drohten zusätzlich Vertragsstrafen in Valutamark wegen Vertragsnichterfüllung.

Schalck-Golodkowski entwickelte Ende 1964 – nach dem Sturz Chruschtschows in Moskau – in Abstimmung mit dem Ministerium für Staatssicherheit eine Struktur, die er „Bereich Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) taufte und Ende 1966 im Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel ansiedelte (ab 1967 Ministerium für Außenwirtschaft).

Tatsächlich war es eine kapitalistische Sonderwirtschaftszone des Außenhandels. Von den Sowjets mit Argusaugen beobachtet – wegen möglichem Glaubensabfall von der reinen Lehre Lenins – musste für die Öffentlichkeit ein Begriff gefunden werden, der die Tatsache verschleierte, dass auf dem Gebiet der DDR – **außerhalb der Gesetzgebung, lediglich auf dem Verordnungswege** – eine *de facto* kapitalistische Insel entstehen sollte – die nur lose mit dem starren sozialistischen Volkswirtschaftsplan verbunden war.

Gleichzeitig trieb die SED die Kollektivierung der Landwirtschaft und Enteignung der noch verbliebenen privaten Unternehmen in Industrie und Handel voran.

Das Gründungskapital in freien Devisen für den Bereich KoKo lieferten die Westfirmen, die in die DDR exportierten. Wie das?

Die überwiegend westdeutschen Hersteller, die die DDR-Wirtschaft belieferten, hatten selbstständige Vertreter, zumeist in Westberlin angesiedelt, die regelmäßig die Ostberliner AHB aufsuchten und Lieferverträge unterzeichneten.

Wurde nun vom West-Hersteller geliefert, überwies nach Zahlungseingang der Lieferant dem Vertreter eine Provision vom Vertragswert, sagen wir 5%. Beginnend mit dem Jahr 1967 gründete der Bereich KoKo Vertreterfirmen in Ostberlin, Westberlin und in Westeuropa und teilte den Lieferanten mit, dass diese Vertreterfirmen ab sofort die Vertretung für ihre Produkte bei Lieferungen in der DDR übernehmen würden.

Das Außenhandelsmonopol der DDR bekam nun auch im Westen Tochtergesellschaften.

Ein Aufschrei: „*Zwangsverprovisionierung*“ titelten die westdeutschen Zeitungen.

Aber warum gab es jetzt im westlichen Ausland Vertreterfirmen, die in einem definierten Warenssegment das Monopol für Vertretungen beim Export auf den DDR-Markt hatten? Warum gab es diese Firmen in Westberlin, BRD, Schweiz, Italien, Österreich, Dänemark, Frankreich? Sollten diese Firmen die legale Kofinanzierung der kommunistischen Parteien in diesen Ländern ermöglichen? Gesellschafter dieser Firmen im Westen waren Personen, die diesen Parteien und/oder der SED nahe standen, sowie in der DDR Manfred Seidel [Link 61](#), der in den Firmenregistern im Westen als Gesellschafter eingetragen wurde. Er war der Stellvertreter von Schalck-Golodkowski. [Link 62](#)

War die 1943 auf Veranlassung der Westalliierten von Stalin aufgelöste Komintern im Geiste noch lebendig? War das Ziel einer sozialistischen Weltrevolution weiterhin aktuell? [Link 63](#)

So erhielten von nun an diese Vertreterfirmen die beispielhaften 5% Provision, gezahlt aus den Überweisungen der Ostberliner AHB an die Hersteller im Westen. Das würde im Falle der in der DDR angesiedelten Vertreterfirmen keinen Sinn machen, wenn die DDR-Regierung dem Bereich KoKo nicht zwei Sonderrechte eingeräumt hätte, die aber bis 1990 nur intern bekannt waren.

Die KoKo-Betriebe in der DDR wurden 1971/72 als Devisenausländer eingestuft und dem Bereich wurde zusätzlich die Zollhoheit übertragen. [Link 64](#)

Als **Devisenausländer** eingestuft, brauchten KoKo-Betriebe in der DDR ihre eingenommenen Devisen nicht an die Staatsbank abzuführen. KoKo hatte eine eigene Bank – die Handelsbank – und die Betriebe des Bereichs KoKo legten dort eingenommene Devisen auf ihr Konto. Benötigten sie am nächsten Tag dieses Geld, so konnten sie sofort darauf zugreifen.

Das war einem AHB, der in die staatliche Planwirtschaft eingebunden war, nicht möglich. Er galt als **Deviseninländer** und war damit verpflichtet, seine eingenommenen Devisen der Staatsbank zur Verfügung zu stellen. Als Äquivalent erhielt er Mark der DDR mit einem Zuschlag, der sich Richtungskoeffizient (RiKo) nannte. [Link 65](#)

Dieser lag zum Ende der DDR bei etwa 4,4. Der AHB konnte dann – so wie oben beschrieben – nur wieder Devisen erhalten, wenn sie im Volkswirtschaftsplan berücksichtigt worden waren (Importe, Teilnahme an Messen, Reisekosten). Dazu musste er der DDR-Mark den RiKo hinzufügen, so dass er für eine Valutamark etwa 4,40 DDR-Mark zahlte. Das entsprach dem Westberliner Schwarzmarktkurs, der damals zwischen 4–5 Ostmark für eine DM lag.

Der Bereich KoKo erhielt von der DDR-Regierung auch die Zollhoheit. Diese besagte, dass die KoKo-Zentrale die Zollämter in den DDR-Grenzübergangsstellen anweisen konnte, für ein bestimmtes Fahrzeug die Zollkontrolle auszusetzen; egal ob für Ein- oder Ausreise, Lkw oder Pkw, mit einem DDR-Nummernschild oder einem ausländischen. In der Praxis erfolgte diese Zoll-Avisierung durch Vertrauensleute aus den KoKo-Betrieben per Telefon an die Zentrale unter Nennung des Grenzübergangs, Aus- oder Einreise, des Nummernschildes, Datums und Zeitpunkts für ein Zeitfenster von 2 Stunden. Selbstverständlich unterlagen Fahrer und Insassen der Passkontrolle.

KoKo als Notfallambulanz und Feuerwehr der DDR-Wirtschaft

Mehr dazu: [Link 66](#)

Untersuchungsausschuss des Bundestages 1994, zweiter Teil, Kommerzielle Koordinierung (zu Seite 110 scrollen). In die Suchmaske „Avisierung“ eingeben.

Zitat von Seite 303

„Um das umständliche Genehmigungsverfahren zu umgehen, erteilte Manfred Seidel von Fall zu Fall personengebundene Zollkontrollbefreiungen, wodurch unkontrolliert medizinisch-technische Geräte, Ersatzteile, Baustoffe oder Fachliteratur von kirchlichen Mitarbeitern in die DDR eingeführt werden konnten. U. a. wurde auch Dr. Manfred Stolpe von der Zollkontrolle befreit.“

Anmerkung

Manfred Seidel war Stellvertreter Schalck-Golodkowskis, MfS-Offizier im besonderen Einsatz (OibE) und unter anderem für die Avisierungen zuständig.

Der ehemalige Konsistorialrat Dr. Stolpe war von 1990–2002 Ministerpräsident von Brandenburg.

Die in den Verbindungsbüros der Westfirmen tätigen DDR-Mitarbeiter im Ostberliner IHZ konnten sich für diese Grenz-Avisierung an ihren Ost-Vorgesetzten im IHZ wenden und diese „freie Grenze“ zur Erfüllung ihrer Arbeitsaufgaben beantragen – kurzfristig, ohne weitere Nachfragen oder Erklärungen.

Das Angebot der IHZ GmbH an die Verbindungsbüros dieser Westfirmen, DDR-Leiharbeiter einzusetzen, anstatt Westberliner oder Mitarbeiter aus anderen westlichen Ländern zu beschäftigen, wurde vom IHZ mit diesem Argument beworben: *Diese Personen haben Zugang zu den DDR-Entscheidungssträgern.*

Aus heutiger Sicht wurde mit der Gründung des Bereichs KoKo Folgendes erreicht

- Stabilisierung der DDR nach der wirtschaftlichen Schiefelage nach dem Mauerbau
- Zusätzliche Deviseneinnahmen durch die Vertreterfirmen
- Dauerhafte legale Kofinanzierung westeuropäischer kommunistischer Parteien. 1990, bei der Abwicklung des Bereichs, existierten im westlichen Ausland über 125 Unternehmen, die sich im völligen oder Teil-Eigentum von KoKo befanden.
- Höhere Flexibilität im internationalen Handel, schnelle Reaktionsfähigkeit bei Havarien etc.
- Einbindung dieser Sonderwirtschaftszone in die Machtstrukturen der DDR.

Schalck-Golodkowski war Oberst des MfS im besonderen Einsatz, geführt von Minister Mielke persönlich. Er war für deutsch-deutsche

Fragen direkt Honecker unterstellt und für Wirtschaftsfragen dem Politbüro-Mitglied Mittag. So wurde er zu einer der wichtigsten Personen im Machtapparat – denn er verfügte über Devisen außerhalb des Volkswirtschaftsplanes.

- Mit zwei Milliarden DM-Krediten der BRD rettete Schalck-Golodkowski die DDR 1983/84 vor der Zahlungsunfähigkeit. Ausgelöst wurde diese Beinahe-Pleite der DDR wieder – wie 1961 – durch die Sowjetunion. Diesmal kürzte sie unerwartet die vertraglich vereinbarten Lieferungen von Erdöl und Getreide (wird in meinem Buch von 2021 beschrieben). Ostberlin war deshalb gezwungen, Rohöl und Getreide auf dem Weltmarkt gegen USD zu kaufen.
- Professionalisierung embargobrechender Maßnahmen durch ständige Neugründung von Handelsfirmen in westlichen Ländern (die von den West-Diensten immer wieder enttarnt wurden und darum geschlossen werden mussten).

Abschlussbericht des 1. Untersuchungsausschusses

Drucksache 12/7600 Deutscher Bundestag – 12. Wahlperiode,

Link 66 Seite 47, Zitat:

*„Wie gesagt war KoKo wirtschaftssystemtheoretisch gesehen eine **Institution der DDR-Außenwirtschaft**, die zwar in der Theorie der Planwirtschaft nicht vorgesehen war und für die es keine gesetzliche Grundlage gab, deren Schaffung auf dem Verordnungswege jedoch faktisch auf eine **partielle Reform des Außenwirtschaftssystems** hinauslief.*

Unabhängig davon, was mit der Gründung von KoKo letztendlich bezweckt war, verfügte damit die DDR über eine Institution, die im Bereich des Außenhandels flexibler agieren konnte als der Plan-Außenhandel und diesen in mancherlei Hinsicht zu ergänzen geeignet war.

Im Lichte der orthodoxen kommunistischen Außenwirtschaftstheorie kann man KoKo als ein systemwidriges Element betrachten, als einen Verstoß gegen den Grundsatz des staatlichen Außenwirtschaftsmonopols unter der Herrschaft des Plans.

Man kann jedoch auch in der Schaffung von KoKo den Versuch sehen, die mit der Planwirtschaft und dem staatlichem Außenwirtschaftsmonopol verbundenen Probleme pragmatisch zu lösen.

Das Außenwirtschaftsmonopol als solches, das heißt die vollständige Kontrolle der politischen Führung über die Außenwirtschaftsbeziehungen, wurde dadurch nicht beeinträchtigt.

Im Gegenteil, die politische Führung gewann mit KoKo ein Instrument, das sie für die Erreichung wirtschaftlicher Ziele flexibel einsetzen konnte.

Dass es dabei zu Abstimmungsproblemen mit dem Planbereich und zu Rückwirkungen der KoKo-Aktivitäten auf den Planbereich kommen konnte, war in Kauf zu nehmen, zumal durchaus die Hoffnung bestand, durch einen klugen Einsatz des Instrumentes KoKo sicherstellen zu können, eventuelle negative Rückkoppelungseffekte in Grenzen zu halten.“